

Anmeldung

Bitte melden Sie sich verbindlich mit beiliegender Antwortkarte bis zum **5. Mai 2010** an:
Fax: 030-26 935-9240
E-mail: forum.ml@fes.de

Anmeldebestätigungen werden nicht versendet.

Ansprechpartnerinnen:

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Irina Mohr
Franziska Richter

Für die Humanistische Union
Martina Kant

Organisation:

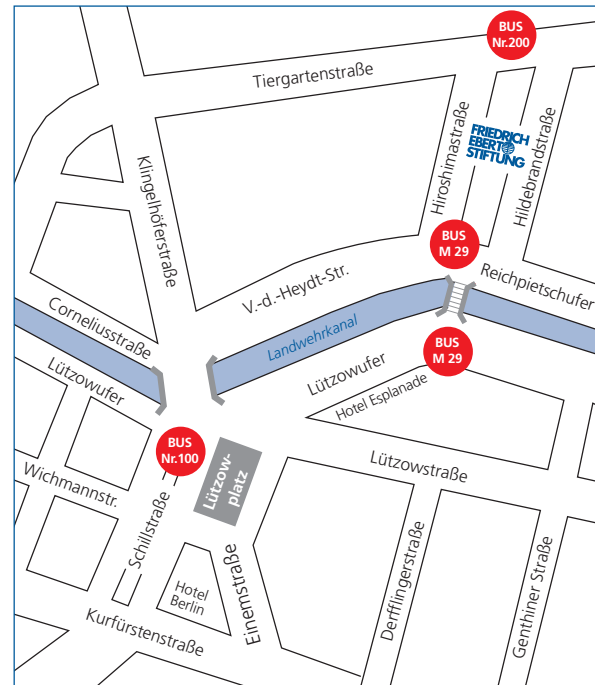
Marion Loyda
Forum Berlin
Fax: 030-26 935-9240
E-mail: forum.ml@fes.de

Bitte wenden Sie sich an uns, wenn Sie Fragen zur barrierefreien Durchführung der Veranstaltung haben.

Dieses Projekt wird gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung.

Veranstaltungsort

Konferenzsaal im Haus 1 der Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17 · 10785 Berlin-Tiergarten
Telefon: (030) 26 935-7000



Fahrverbindungen

Buslinie 100 bis Haltestelle Lützowplatz
Buslinie M 29 bis Haltestelle Hiroshimasteg
Buslinie 200 bis Haltestelle Tiergartenstraße
Vom Flughafen Tegel Buslinie 109 oder X9
bis Bahnhof Zoo, dann Buslinie 200 oder 100

Parkmöglichkeiten stehen leider nicht zur Verfügung.

Einladung



Foto: Heike Wächter

**Menschenwürde, Existenzminimum
und soziale Teilhabe**

**Hat das Bundesverfassungsgericht eine
Wende in der Sozialpolitik eingeleitet?**

Montag, 10. Mai 2010

9.30 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (...) sichert jedem Hilfsbedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“,

so formulierte das Bundesverfassungsgericht am 9. Februar 2010 in seiner Entscheidung zu den „Hartz IV“-Regelsätzen.

Hat das Verfassungsgericht damit ein neues subjektives Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums geschaffen, und welche verfassungsrechtlichen Maßstäbe, welche Voraussetzungen und Bedingungen sind zu berücksichtigen?

Vom Gesetzgeber verlangt das Gericht die menschenwürdige Alimentierung Bedürftiger. Bedeutet also das Leben „in sozialen Bezügen“, wie im Urteil formuliert, zwar ein Recht auf Einkommen bzw. Alimentierung, aber kein Recht auf Arbeit? Folgt daraus bereits eine Forderung für ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Gleichfalls stellt sich die Frage nach den Vorgaben für ein soziokulturelles Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen. Sind diese bereits als Elemente einer Kindergrundsicherung zu erkennen, und wie kann die familiär vorhandene Armut durch Bildung durchbrochen werden?

Das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum Jahresende die Regelleistung für Erwachsene und Kinder neu festzusetzen. Dafür braucht es ein integriertes Politikkonzept für soziale Teilhabe. Welche Ideen und Vorhaben gibt es dafür, und welche Schritte sollten die relevanten Akteure im Sinne einer zukunftsfähigen Sozialpolitik gehen?

Bei unserer Tagung wollen wir den Neuordnungsbedarf im deutschen Sozialstaat unter verfassungsrechtlichen, arbeitsmarktpolitischen und bildungspolitischen Aspekten diskutieren. Neben einem fundierten Beitrag zur Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze soll die Veranstaltung auch Anstöße zur notwendigen Neuausrichtung des Sozialstaats liefern.

Wir laden Sie herzlich ein, sich an dieser Debatte zu beteiligen!

Forum Berlin der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Humanistische Union

Menschenwürde, Existenzminimum und soziale Teilhabe Hat das Bundesverfassungsgericht eine Wende in der Sozialpolitik eingeleitet?

Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Humanistischen Union am 10. Mai 2010

9.30 Uhr	Begrüßung Dr. Irina Mohr Leiterin Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung
	Prof. Dr. Rosemarie Will Vorsitzende der Humanistischen Union
10.00 Uhr	Panel 1 Menschenwürde und Existenzminimum im Verfassungsrecht
	Prof. Dr. Volker Neumann Humboldt-Universität Berlin, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Staatstheorie Prof. Dr. Hans Michael Heinig Georg-August-Universität Göttingen, Lehrstuhl für Öffentliches Recht
	Moderation: Prof. Dr. Rosemarie Will Vorsitzende der Humanistischen Union
	Nachfragen/Diskussion
11.30 Uhr	Pause
11.45 Uhr	Panel 2 Recht auf Einkommen, aber kein Recht auf Arbeit?
	Dr. Ulrich Walwei Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Prof. Dr. Michael Opielka Fachhochschule Jena, Fachbereich Sozialwesen
	Moderation: Dr. Claus Schäfer Leiter der Abteilung WSI in der Hans-Böckler-Stiftung
	Nachfragen/Diskussion
13.15 Uhr	Mittagspause

14.00 Uhr	Panel 3 „Armut darf sich nicht vererben“ - zum existenzminimalen Bedarf von Kindern
	Prof. Dr. Johanna Mierendorff Universität Halle, Kindheits- und Armutsforschung Heinz Hilgers Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes
	Moderation: Jutta Roitsch Redakteurin i.R., Humanistische Union
	Nachfragen/Diskussion
15.30 Uhr	Kaffeepause
16.00 Uhr	Podiumsdiskussion Sozialpolitik der Zukunft - welche Teilhabe brauchen wir?
	Verena Göppert Beigeordnete des Deutschen Städtetages, Leiterin des Dezernats „Arbeit, Jugend, Gleichstellung und Soziales“ Gerd Hoofe Beamteter Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales
	Prof. Dr. Martin Kronauer Hochschule für Wirtschaft und Recht, Strukturwandel und Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive Ülker Radziwill, MdB (angefragt) Sprecherin im Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales
	Dr. Thomas Voelzke Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht, 4. Senat, Lehrbeauftragter Humboldt-Universität Berlin
	Moderation: Annette Riedel Chefredaktion von Deutschlandradio Kultur
17.30 Uhr	Ende der Konferenz

